

Amtliche Bekanntmachungen

Inhalt:

Änderungsordnung zur Geschäftsordnung
des Senats

der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Vom 26. Januar 2026

Hinweis zur Rügeobliegenheit:

Gemäß § 12 Absatz 5 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz - HG) kann nach Ablauf eines Jahres seit der Bekanntmachung einer Ordnung die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Hochschulgesetzes oder des Ordnungs- oder des sonstigen autonomen Rechts der Universität Bonn nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

1. die Ordnung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,
2. das Rektorat hat den Beschluss des die Ordnung beschließenden Gremiums vorher beanstandet oder
3. der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Universität vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

**Änderungsordnung zur Geschäftsordnung des Senats der
Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn**

vom 26. Januar 2026

Aufgrund des § 2 Absatz 4 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 16. September 2014 (GV. NRW. S. 547), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Stärkung des Hochschulstandorts Bochum im Bereich des Gesundheitswesens und zur Änderung weiterer hochschulrechtlicher Vorschriften vom 19. Dezember 2024 (GV. NRW. S. 1222), hat der Senat der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn die folgende Änderungsordnung erlassen:

Artikel I

Die Änderungsordnung und zugleich Neubekanntmachung der Geschäftsordnung des Senats der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn vom 12. Februar 2025 (Amtl. Bek. der Universität Bonn, 55. Jg., Nr. 10 vom 18. Februar 2025) wird wie folgt geändert:

§ 12 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Ist eine zeitnahe Beteiligung des Senats außerhalb der Sitzungsperiode nicht möglich, aber wegen der besonderen Dringlichkeit des Berufungsverfahrens geboten, informiert das Rektorat den Vorsitz des Senats über die zu behandelnden Berufungsvorschläge. Der Vorsitz reicht die Berufungsvorschläge nebst den dazugehörigen Unterlagen an den vom Senat für die Dauer der Senatswahlperiode eingerichteten ständigen Berufungsausschuss weiter, der zeitnah, spätestens innerhalb von vier Wochen, entweder den Berufungsvorschlag einstimmig befürwortet oder den Vorgang an den Senat verweist. Der Berufungsausschuss besteht aus drei Senatsmitgliedern aus der Gruppe der Hochschullehrer*innen, dem Vorsitz sowie je einem weiteren Mitglied aus der Gruppe der Mitglieder der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen und einem Mitglied aus der Gruppe der Studierenden. Für jedes Mitglied kann eine Stellvertretung aus derselben Statusgruppe gewählt werden; die Stellvertretungen müssen ebenfalls dem Senat angehören. Der Vorsitz der Fakultätskonferenz und die Zentrale Gleichstellungsbeauftragte können mit beratender Stimme teilnehmen. Den Vorsitz des Ausschusses hat der Vorsitz des Senats ohne Stimmrecht inne. Der Vorsitz übermittelt das Votum an das Rektorat und berichtet über den Inhalt des Votums und die Dringlichkeitsgründe in der nächsten Senatssitzung.“

Artikel II

Diese Ordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn – Verkündungsblatt – in Kraft.

C. Richter

Die Vorsitzende des Senats
der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Universitätsprofessorin Dr. Cornelia Richter

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Senats der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn vom 18. Dezember 2025.

Bonn, 26. Januar 2026

M. Hoch

Der Rektor
der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Universitätsprofessor Dr. Dr. h.c. Michael Hoch